



LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Ministère de la Santé

CHAMBRE DES DÉPUTÉS

Entrée le:

29 MARS 2016

Luxembourg, le 29 mars 2016

Monsieur le Ministre
aux Relations avec le Parlement
Service Central de Législation
43, boulevard F.D. Roosevelt
L – 2450 LUXEMBOURG

Monsieur le Ministre,

J'ai l'honneur de vous faire parvenir en annexe une réponse commune de Monsieur le Ministre des Sports et de la soussignée à la question parlementaire no 1852 du 26 février 2016 de Madame la députée Nancy ARENDT.

Veuillez agréer, Monsieur le Ministre, l'expression de ma parfaite considération.

Pr la Ministre de la Santé,

Anne CALTEUX
premier conseiller de gouvernement



29.03.16

**Réponse commune de la Ministre de la Santé et du Ministre des Sports
à la question parlementaire n° 1852 du 26 février 2016 de Madame la Députée Nancy Arendt.**

Die vorliegende parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Nancy Arendt bezieht sich auf die Regelung der Fitnessstudios in Luxemburg und deren Einbindung in ein Präventionsprogramm. Die aufgeworfene Problematik umfasst verschiedene Bereiche:

- das Niederlassungsrecht (droit d'établissement);
- die Berufsregelung (profession réglementée);
- die Anerkennung der Berufsqualifikation (reconnaissance de la qualification professionnelle);
- die Prävention.

Einleitend ist festzuhalten, dass zurzeit die Fitnessstudios noch nicht in bestehende Präventionsprogramme eingebunden sind. Der Beruf des „Sportcoachs“ oder des „health managers“ ist weder geregelt noch unterliegt er einer spezifischen Erlaubnis. Nichtsdestotrotz ist zu unterstreichen, dass das Sport- sowie das Gesundheitsministerium die regelmäßige körperliche Betätigung der Bevölkerung sowohl unterstützen als auch fördern. Die Gesundheitsprävention ist wichtig, um die großen Herausforderungen zu bewältigen, denen unsere Gesellschaft gegenüberstehen, d. h. das Altern der Bevölkerung und die Zunahme der chronischen Krankheiten. In der Tat betrachtet die Weltgesundheitsorganisation, dass der Bewegungsmangel den 4. Todesfaktor weltweit darstellt (6% der Todesfälle), gleich nach Bluthochdruck (13%), Tabakmissbrauch (9%) und erhöhtem Zuckergehalt im Blut (6%). Weltweit sind 5% der Todesursachen dem Übergewicht und der Fettleibigkeit zuzuschreiben. Es ist bewiesen, dass eine regelmäßige körperliche Aktivität das Risiko von koronaren Herzleiden und Schlaganfällen, Diabetes Typ II, Bluthochdruck, Darmkrebs, Brustkrebs und Depression reduziert.

Zudem ist die körperliche Aktivität ein entscheidender Faktor beim Energieaufwand und ist entsprechend unabdingbar für eine effiziente Energiebilanz und Gewichtskontrolle. In diesem Sinne stellen die Fitnesseinrichtungen ein wichtiges Element bei der Primär-Prävention dar. Fitness-Programme welche in den Fitnesseinrichtungen angeboten werden tragen dazu bei, den Aspekt der „Primär-Prävention“ zu entwickeln. Für die sekundär- sowie tertiär-Prävention sollte man jedoch auf professionell Ausgebildete zurückgreifen, um somit sicher zu stellen, dass die notwendigen Zusatzkompetenzen vorliegen, um die körperliche Aktivität an die verschiedenartigen Pathologien anzupassen; dies um Verletzungen und anderen Risiken vorzubeugen.

Im Rahmen von mehreren Arbeitssitzungen zwischen Vertretern des Wirtschaftsministeriums, des Hochschulministeriums, des Gesundheitsministeriums und des Sportministeriums wurde ersichtlich, dass der Einsatz einer zu strikten Regelung, um das erstrebenswerte Ziel einer hochwertigen Betreuung in diesem Bereich schnellstmöglich zu erreichen, viele unerwünschte Nebenwirkungen mit sich ziehen würde, insbesondere aufgrund der verbindlichen Anerkennung der Berufsqualifikation (cf. Gesetz vom 19. Juni 2009 betreffend die Umsetzung der Richtlinie 2005/36/UE in nationales Recht und Gesetzesentwurf n°6893) und der allgemeinen Tendenz auf europäischer Ebene in Richtung einer Nicht-Regelung der Berufe.



Würde Luxemburg den Zugang zum Beruf des Fitnesstrainers reglementieren wollen, müsste man einem Staatsangehörigen, der aus einem anderen Land der Europäischen Union stammt, in welchem dieser Beruf nicht reglementiert ist, eine Berufsanerkennung ausstellen, insofern diese Person eine Berufserfahrung von zwei Jahren nachweisen kann. (Nach Inkrafttreten des Gesetzentwurfes n° 6893 wird sich diese Frist nur noch auf ein Jahr belaufen) Somit wäre lediglich sichergestellt, dass die in Luxemburg ausgebildeten Trainer eine fachliche Kompetenz nachweisen können. Die Problematik insgesamt der vorhandenen Fachkompetenz in den Fitnessstudios bekäme man über diesen Weg jedoch nicht in den Griff.

Auch über das Niederlassungsrecht wird es schwierig das angestrebte Ziel zu erreichen, da die Tätigkeit des Fitnesstrainers laut Niederlassungsgesetz vom 2. September 2011 nicht genehmigungspflichtig ist und somit keine Ermächtigung seitens des Wirtschaftsministeriums erfordert ist. Sollte die Tätigkeit jedoch im Rahmen einer Handelsgesellschaft erfolgen, ist eine Handelsermächtigung gemäß der geltenden Bedingungen zu beantragen.

Die beteiligten Ministerien sind sich dennoch einig, dass ein Handlungsbedarf vorliegt und dass die interministerielle Arbeitsgruppe der Regierung einen Lösungsvorschlag kurzfristig unterbreiten soll, Bezug nehmend auf die obenerwähnte Problematik.

Ein solcher Lösungsvorschlag könnte in einer Art Kompetenz-Bescheinigung bestehen, ohne jedoch einen reglementierten Beruf zu erschaffen, oder aber in einem Qualitätslabel, welches unter Vorbehalt verschiedener, noch zu definierenden Qualitätskriterien, an Fitnessstudios und „Personaltrainer“ ausgestellt werden könnte.